

Protokoll der 22. Landesschülerkonferenz

Datum: 12. April 1997

Ort: Werner-Heisenberg-Gymnasium, Bad Dürkheim

Beginn: Freitag 18.00 Uhr

Ende: Samstag abend

Freitag:

Da die LSK Freitags nicht beschlußfähig war fanden nach dem Abendessen (Spaghetti) eine Landesausschuß-Sitzung und 1 Abendforum Kinder-Räche-Zänker (KRÄTZÄ) und die vorgezogene AG Schulautonomie statt.

Samstag:

vormittags:

folgende Arbeitsgruppen tagten:

- AG Visumpflicht
- AG Schwule und Lesben
- AG Kirche, Staat, LER
- AG Sozialabbau und Bildungsklau
- AG politische SV-Arbeit

nachmittags (14.00 Uhr):

TOP 1 Begrüßung, Formalia und Beschlußfähigkeit

Die Innenreferentin stellt nach der Begrüßung der Delegierten die fristgemäße Einladung sowie die satzungsgemäße Beschlußfähigkeit der LSK fest.

TOP 2 Wahl des Präsidiums

Vorsitzende: Zoé Sona

Technischer Assistent: Ulrich Schneider

Protokollant: Arndt Gysler

TOP 3 Verabschiedung des Protokolls der 21. LSK

TOP 4 Vorstellung der geänderten Tagesordnung

- TOP 5 Fishbowl
- TOP 6 Arbeitsberichte des Landesvorstandes
- TOP 7 Bericht der/des LandesausschußsprecherIn
- TOP 8 Aussprache zur Arbeit des Landesvorstandes
- TOP 9 Wahl zur Lichtblickredaktion
- TOP 10 Vorstellung und Abstimmung der Anträge

Einschub:

Aufnahme von Initiativanträgen auf die Tagesordnung:

a) Abstimmung über einen Initiativantrag zum Thema Reform der Oberstufe, für den sich die GEW und die Oberstufen AG ausgesprochen hatte
Abstimmung: 42 JA-Stimmen; 11 NEIN-Stimmen; 2 Enthaltungen => **Antrag auf der Tagesordnung**

b) Abstimmung über einen Initiativantrag zum Thema Abstimmung: 24 JA-Stimmen; 22 NEIN-Stimmen; 11 Enthaltungen => **Antrag nicht auf der Tagesordnung**

Abstimmung über die Annahme der geänderten **Tagesordnung**:

Bei 2 NEIN-Stimmen und 7 Enthaltungen **angenommen**

TOP 5 Fishbowl

Vertreter:

- Lutz Frisch (CDU)
- Dr. Gerhard Schmidt (SPD)
- Friedel Grützmacher (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
- Matthias Frey (FDP)
- Benjamin I. Hoff (PDS)
- Otto Herz (GEW)

Vorstellung der Ergebnisse der AG Schulautonomie:

Es gibt verschiedene Verständnisse v. Schulautonomie,

- - zum einen die Fächerautonomie
- - und zum anderen die Finanzautonomie.

Problem dabei: Der Schulleiter bekommt mehr Kompetenzen. Da es in Rheinland-Pfalz überwiegend ländliche Gemeinden gibt, wird auch die Fächerautonomie nicht automatisch eingeschränkt, da den Schülern oft nur z.B.: ein Gymnasium (anders als in Städten) zur Verfügung steht und dieses dann nur sehr schlecht Schwerpunkte setzen kann, wie z.B.: ein Musikgymnasium, da das Gymnasium die Interessen aller Schüler fördern muß.

Es könnte daher nur die Autonomie des Schülers geben, der Schüler bestimmt, was er lernen möchte, in diesem Fall, muß die Schule aber alles anbieten.

Vorstellung der Ergebnisse der AG Bildungsabbau/Sozialabbau:

- Sozialabbau: schwache „Randgruppen“ sind betroffen,
- es gibt 200 000 Stellen für 7 Millionen Arbeitslose
- Steuern: Reiche werden entlastet => größere Schicht von Armen
- KOSI: -Lehrerarbeitszeiterhöhung - Nachprüfung ohne pädagogischen Ansatz Forderung: Es soll mehr Geld in die Bildung fließen, sparen kann man z.B. beim Straßenbau, oder durch eine andere Steuerpolitik.
- Schmidt (SPD): *zum Thema Schulautonomie: „Schule muß mehr Eigenverantwortung bekommen, mehr Selbständigkeit.“ Man muß die „Verantwortung von oben nach unten verlagern“ (Anm.: damit ist die Verlagerung vom Schuldirektor zu Gremien mit Lehrern, Schülern und Eltern gemeint). Vor Ort kann man besser über die Verwendung der Mittel entscheiden.*
- Schülerin: *„Wie soll man Profilschulen (Anm.: z.B.: musisches Gymnasium, etc.) verwirklichen beim KOSI 2010?“*
- Schmidt (SPD): *„Es ist noch Potential da, wir müssen umdenken.“ „Rheinland-Pfalz ist ein Fleckenland (Anm.: ein Land mit vielen ländlichen Regionen, in dem die Bewohner stark verteilt sind)“, deshalb ist gerade die „Einbeziehung der Menschen vor Ort“ so wichtig, sie kann nicht durch Geld ausgeglichen werden. Wir müssen „mit weniger Geld phantasievoller umgehen, wir müssen uns der Herausforderung stellen.“ „Schulautonomie ist keine Geldfrage, sondern fordert Kreativität in jedem Bereich der Schule.“ „Nach dem Krieg war es auch so“ und es hat auch funktioniert. „Es gibt nur einen Punkt der darüber hinaus geht“ (Anm.: über die volle Autonomie) das ist das Bauen, da die Schulen „zu wenig Sachverstand haben“.*
- Frey (FDP): *Ich schließe mich meinem Vorredner an, „nicht der Schulleiter, sondern die Schule soll über das Geld entscheiden.“ „Es wird kein zusätzliches Geld geben, die Kreativität der Schüler u.s.w. muß angeregt werden“, es darf nicht „von oben vorgegeben sein“.*
- Moderator: *„Wir gehen davon aus, daß die Schulen zu wenig Geld haben.“ „Es wird mehr Geld für den Straßenbau ausgegeben als für die Bildung und die Steuerpolitik müßte geändert werden.“ Warum wird daran nichts geändert?*
- Schmidt (SPD): *Wir brauchen eine größere Steuergerechtigkeit, aber vor allem müssen wir mehr Arbeiter haben. „Der größte Etat ist der Bildungsetat.“ „Wir müssen aber auch Menschen in Arbeit bringen, sonst*

bekommen wir keine Steuern mehr. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen! Wir brauchen dazu eine gute Infrastruktur, den investiven Bereich!“

- Herz (GEW): *„Wir müssen Lehrer in Arbeit reinsetzen, Lehrer brauchen mehr Kreativität.“ zum Thema Schulautonomie: „Schulprofil, z.B.: musisches, bilinguales Gymnasium, ist nicht gleich Schulprogramm!“ „Die Menschen, die in einer Schule tätig sind, fragen sich, was müssen wir dort zur Bewältigung unserer individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse tun?“ „Was wird in der Schule gelehrt? Etwa 60% des Stoffes müssen alle lernen, aber 40% sollen die Menschen vor Ort entscheiden.“ Sie müssen sich fragen: Was sind die wichtigsten Fragen, die uns unter den Nägeln brennen, damit wir eine sinnvolle Lebenszeit in der Schule verbringen?“ „Dazu brauchen wir phantasievolle Leistungsnachweise, z.B. eine Mappe in der steht an dem und dem habe ich teilgenommen.“ Wir brauchen „die Abschaffung der Noten, denn sie sagen nichts aus!“ Zur Schulautonomie gehört aber auch, daß die Schüler den Schulen nicht zugewiesen werden und „die Schulen müssen mehr Rechenschaft vor den Schülern ablegen, die Schule muß sich vor den Schülern verantworten, rechtfertigen!“*
- Hoff (PDS): *Ich komme aus Berlin, mit 3,4 Millionen Einwohnern, dort haben wir eine andere Situation. 1998 werden wir 16 Millionen Mark Schulden haben und damit ist die Schulautonomie eine Verlagerung der Finanzprobleme an die Schulen. Man könnte Umlagerungen machen, um den Bildungsetat zu erhöhen, zum Beispiel weniger in den U-Bahn-Bau (in Berlin) investieren, die Verwaltungsvorschriften kürzen. Wir brauchen eine Chancengleichheit für arm und reich, man muß überall die gleichen Möglichkeiten haben. „Es darf kein Schulleiter zum Manager werden, es muß Demokratie in der Schule geben.“ Dazu bräuchte man z.B. einen Finanzausschuß, der aus Lehrern, Eltern und Schülern besteht. Ich halte Schulprofile für nicht empfehlenswert, da die Standortk Konkurrenz auf die Schulen verlagert wird, durch Sponsoring. Das Ansehen der Schule wird wichtiger. Die Schule sollte kein vorgegebenes Profil haben, sondern ausgestaltet werden durch SchülerInnen, Eltern und Lehrer.*
- Frisch (CDU): *Die Schwerpunktsetzung der Schule war üblich (Sportgymnasium, ...), aber die „Grundsatzfrage lautet: Wie weit kann eine Schule autonom sein? Nur so weit, daß keine Vorteile entstehen!“ „Eine Schule ist im Methodenbereich sehr frei, aber die Lehrer bremsen.“ Die Leistungsmessung „wird von Lehrern zu streng gesehen.“ Natürlich muß es in den Lerninhalten einen Grundkonsens geben, aber „in den Lehrplänen von Rheinland-Pfalz gibt es viele Freiheiten“ für den Lehrer.*
- Schülerin: *Lutz Frisch, sie waren 12 Jahre lang Direktor, gerade sie müßten wissen, welche Probleme für die SchülerInnen durch die Schulautonomie entstehen. Ein Lehrer hat so viele Probleme durch die Erhöhung der Stundenzahl, dadurch geht nichts.“ „Alle sind sich einig, aber nichts passiert! Warum?“*
- Schmidt (SPD): *Wir haben z.B. die Reform der Grundschule. „Wir waren 50 in einer Klasse!“ „Ich widerspreche Grundsätzlich dem Satz: „Ein Lehrer hat so viele Probleme mit der Erhöhung der Stundenzahl...“ Ich kann nicht nachvollziehen, warum ein Lehrer durch 1 Stunde Mehrarbeit überfordert sein soll.“ „Ein Lehrer ist ein gutbezahlter Profi!“*
- Schülerin: *Unsere Schule muß an der Stundenanzahl kürzen, da zuwenig Lehrer da sind.*
- Schmidt (SPD): *„Wir werden die Stundenzahlen nicht herabsetzen“, „wir bemühen uns, daß die Schüler nicht auf der Strecke bleiben. Die Lehrer die im Lernprozeß sind müssen eingesetzt werden.“*
- Hoff (PDS): *Ja, warum passiert nichts? Die „Schulautonomie muß zwingend verbunden sein mit einem Schulmitbestimmungsgesetz, zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Schüler“, wie z.B. die Schaffung eines kollektiven Finanzausschusses.*
- Schülerin: *„Wann kommt daß?“*
- Hoff (PDS): *„Erst wenn der Druck so groß ist.“*
- Herz (GEW): *Nochmals, warum passiert nichts? Gesetze müssen geändert werden und das braucht Mehrheiten. In Sachsen z.B. sind für das Abitur besondere Leistungen anzuerkennen. Ich selbst war an der Odenwaldschule und habe mir 4 Wochen frei genommen und habe mir alle Schulen angesehen. Ich habe einen Kurs gehalten mit dem Thema: „Was ich lernen will.“ Es wurde mir bewußt, „Sachen werden nicht gemacht, weil niemand anfängt etwas zu tun!“ Es gibt Koalitionen mit „konservativen Politikern, faulen Lehrern und faulen Schülern und das Schlimme daran ist, sie sind mehrheitsfähig!“ In Rheinland-Pfalz gibt es eine Steigerung der Schüler um ca. 20%, aber keinen höheren Haushaltsposten. Dies ist zum 1.Mal*

kein lineares Anwachsen von Lehrern und Schülern. Im Osten gab es einen Geburtenrückgang und jede 2. Grundschule ist von der Schließung betroffen und bei uns haben viele LehrerInnen Probleme mit 20% mehr Schülern.

- Frisch (CDU): *Wir brauchen mehr Selbständigkeit für die Schüler durch die Politik. Aber „es gibt nicht so viele Einschränkungen“, die Schüler sollten mit ihren Lehrern z.B. über die Unterrichtsmethoden sprechen, gerade in diesem Bereich gibt es eine große Freiheit.*
- Schülerin: *Aber die „Lehrer wollen sich nicht mehr ändern!“ Wenn man sie auf ihren Unterricht anspricht, auch konstruktiv, „werden die Noten dadurch schlechter.“*
- Grützmaker (Bündnis90/DIE GRÜNEN): *„Dann ist der Lehrer schlecht!“*

Vorstellung d. Ergebnisse der AG Kirche, Staat, LER:

Forderung: „Schafft den Religionsunterricht ab! und dafür keine Ersatzfächer“ Hintergrund: Da wir für eine - konsequente Trennung von Kirche und Staat sind, - aktive Wertevermittlung sind, Da die Ersatzfächer den Religionsunterricht nicht in Frage stellen

- Grützmaker (Bündnis90/DIE GRÜNEN): *„Schule ist reformierbar.“ In Basel wurde beschlossen die Schule zu reformieren, dazu mußten alle LehrerInnen 2 Jahre lang eine Fortbildung machen. „In Rheinland-Pfalz sind die LehrerInnen nicht richtig ausgebildet.“ Würde man die LehrerInnen alle richtig ausbilden, so wären laut Herr Klippert, ein anerkannter Lehrerausbilder, „20% der LehrerInnen zu alt, aber 60% der Lehrer kann man für sich nutzen“, um die Schule zu reformieren. zum Thema Religionsunterricht: Wir Grünen wollen den Religionsunterricht abschaffen. „Was ist Religionsunterricht?, was bedeutet er für die Kirchen?“ Die Kirchen sagen, wenn der Religionsunterricht wegfällt, gibt es keinen Zugang mehr zur Kirche, damit gehen der Kirche Kirchensteuern verloren. Aber ich finde die Wertevermittlung und die Vermittlung kultureller Traditionen ist wichtig, deshalb ist finde ich auch LER gut.*
- Pritzel (AG Kirche, Staat, LER): *„Die Wertevermittlung ist schlecht“, da die Hierarchie zwischen Lehrer und Schüler, das Autoritätsverhältnis, den Schülern „Normen aufzwingt“.*

Vorstellung der Ergebnisse der AG Homosexualität:

Homosexualität „gehört zum normalen Alltag dazu, jeder sollte sich darüber Gedanken machen“. Schwule und Lesben werden diskriminiert, deshalb „sind wir dafür, daß Schülern nahegelegt wird, was Homosexualität ist und daß es normal ist.“ Wir fordern auch die „Reform des Biunterrichts. Es gibt z.B. keine Biobücher, in denen die Sexualität von 2 Männer oder 2 Frauen angesprochen wird!“ Von der Schule zur Gesellschaft: Es gibt ein Antidiskriminierungsgesetz, „dazu gehört auch die Sexualität. Warum steht das nicht drin?, Durch dieses Gesetz „sind andere Gesetze nicht verfassungskonform!“ Dazu gehören z.B. die Gesetze über die Ehe oder über Steuern. Deshalb fordern wir: „daß muß ins Grundgesetz!“

- Frey (FDP): *„Homosexualität ist eine Krankheit, das muß aus den Köpfen raus. Es hat schon lange gedauert, bis die Sexualität in den Unterricht eingezogen ist und so lange wird es auch mit der Homosexualität dauern. zum Thema Religion abschaffen: „Nein“, die „Wertevermittlung hängt vom Lehrer ab“, aber „das Gemeinwesen basiert auf dem Christentum.“*
- Hoff (PDS): *„Schulautonomie: Was SchülerInnen für sich wollen.“ „Für was braucht man ein Unterrichtsfach für Traditionen und Werte?, das kann nicht klappen im Zwangsverhältnis Schule- SchülerIn.“ Forderung: epochaler Fächerunterricht, „dort könnte man so etwas machen.“ Homosexualität ist für mich selbstverständlich. zum Thema Wertevermittlung: „Lebenserfahrungen von Schülern müssen in den Lernprozeß eingebracht werden“, aber dafür braucht man keinen Religionsunterricht.*
- Schmidt (SPD): *„Schule ist eine Institution innerhalb der Gesellschaft, die Ideen lassen sich nur langsam verwirklichen.“ „Das Normensystem muß sich verändern (z.B.: Homosexualität).“*
- Schülerin: *Wenn in Biologiebüchern Texte über Homosexualität stehen würden, würden auch Diskussionen darüber geführt.*
- Schmidt (SPD): *Lebenslanges Lernen muß sein. Wir brauchen jüngere Lehrer, andere Zeitmodelle. zum Thema Religionsunterricht: „Wir sind vom christlichen Abendland geprägt, deshalb sollte man Werte vermitteln.“ Diese Werte sollte man vielleicht verbreitern.*

- Schülerin (AG Lesben und Schwule): *Es heißt immer nur: „wir akzeptieren das, aber nichts wird von den Parteien unterstützt.“ Dazu gehört z.B. eine andere Lehrerausbildung. Deshalb fordern wir: „Parteien unterstützt uns!“*
- Hoff (PDS): *Jeder sollte seine Lernprozesse selbst organisieren und „nicht auf das Geld schieben. Jeder muß das an seiner Schule machen!“*
- Schüler: *Warum soll es die Unterrichtszeitverkürzung auf 12 ½ oder 12 Jahre geben?*
- Schmidt (SPD): *Man kann schon im Sommersemester studieren, es gibt eine effektivere Organisation, aber keine inhaltliche Kürzung. Die Lehrer die übrig sind, sollen für Förderunterricht eingesetzt werden. BEGYS (Begabtenförderung an Gymnasien), SchülerInnen können schon nach 12 Jahren das Abitur erlangen. BEGYS bedeutet „Chancengleichheit, keine Ausbremsung von Menschen, die schneller sind.“*
- Schüler: *Aber durch die Verkürzung der Oberstufe wird es schwieriger für Realschüler das Abitur zu erlangen.*
- Frisch (CDU): *Die Unterrichtszeitverkürzung bringt eine frühere Einführungsphase mit sich, 13/1 wird von den Sommer- bis zu den Winterferien gehen. „Das vorzeitige Abitur war bis vor 6 Jahren möglich und wurde auch genutzt.“ Die Nachprüfung, durch das KOSI 2010 vorgeschlagen „ist pädagogisch völlig untragbar!“*
- Schüler: *Ich komme von einem Aufbaugymnasium, für uns würde die Verkürzung der Unterrichtszeit große Probleme bringen.*
- Moritz (Außenreferent): *Die Einführungsphase dient doch zur „Schließung von Lücken und der Schaffung einer gemeinsamen Basis, eines gleichen Niveaus.“ Dies würde verlorengehen und auch die Lücken durch eine Umwahl würden ein „größeres Defizit mit sich bringen, als zuvor.“*
- Grützmaker (Bündnis90/DIE GRÜNEN): *„Die Schüler versuchen immer länger in der Schule zu bleiben, wegen Arbeitsplatzproblemen.“ „Alles soll schneller gehen, aber Erziehung braucht Zeit.“ Die Beschleunigung ist „völlig kontraproduktiv, wir müssen eine Entschleunigung machen!“*
- Herz (GEW): *Wir haben 40 000 allgemeinbildende Schulen in der BRD und es werden nicht der Mehrzahl von Schülern Werte indoktriniert. „In der Schule muß über Werte gestritten werden!“ „Laßt uns über die Werte streiten!“*
- Moderator (zu Schmidt(SPD)): *„Könnte das Thema nicht bei der nächsten Tagung besprochen werden?“*
- Schmidt (SPD): *„Es ist alles möglich.“*

TOP 6 Arbeitsberichte des Landesvorstandes:

a) Susanne Lucas (Innenreferat)

Hauptsächlich hat sich Susanne um die interne Kommunikation gekümmert, desweiteren bereitet sie den LAK Recht (3.-4. Mai) vor. Darüber hinaus hat sie noch beim Bildungsbündnis mitgearbeitet und die Aktion Go for Ruanda unterstützt.

b) Moritz Faß (Außenreferat)

Moritz hat sich hauptsächlich für die AG Oberstufe eingesetzt, für die er Gespräche geführt hat. Dazu kam noch die Arbeit zum KOSI 2010 und der Besuch von Landesausschuß-Sitzungen

c) Martin Timpe (Pressereferat)

Den Schwerpunkt seiner Arbeit setzte Martin auf das KLEMM-Gutachten und KOSI 2010 zu denen er rege Pressearbeit betrieb. Darüber hinaus arbeitete auch Martin im Bildungsbündnis mit, half bei Go for Ruanda, war in der AG Lehrplan Oberstufe und arbeitete auch für den Lichtblick.

d) Tom Balzer (Lichtblick)

Tom hat sich hauptsächlich um eine neue Ausgabe des Lichtblicks gekümmert, die noch vor den Sommerferien erscheinen soll. Aber auch er hat versucht die SchülerInnen über das KLEMM-Gutachten und das KOSI 2010 zu informieren.

e) Bianca Obendorfer (Regionalarbeit)

Bianca hat sich sehr um den Aufbau des RAK VI gekümmert, aber auch die Verbindung zu den anderen RAKen gehalten.

TOP 7 Bericht der Landesausschußsprecherin:

Zoé Sona verwies darauf, daß Ihr Bericht schriftlich vorliege.

TOP 8 Aussprache

Keiner der Delegierten hatte das Bedürfnis sich zu diesem Punkt zu äußern.

TOP 9 Nachwahl von 2 Lichtblickredakteuren

Vorschläge: Elisabeth Missig und Nadja Ziganki

Wahl: a) Elisabeth Missig bei 3 Enthaltungen einstimmig gewählt b) Nadja Hertel bei 7 Enthaltungen einstimmig gewählt.

TOP 10 Anträge

Antrag A1

Verfahrensvorschlag: Ergebnis der Arbeitsgruppe zur politischen SV-Arbeit soll gehört werden. Die AG ist zum Ergebnis gekommen, „die SV sollte allgemeinpolitisch aktiv werden“

Abstimmung über den Antrag A1: 16 JA-Stimmen; 30 NEIN-Stimmen; 9 Enthaltungen => **Antrag wurde abgelehnt**

Antrag A2

Der **Antrag A2** wurde **zurückgezogen**

Antrag A3

1. Änderungsantrag wurde vom Antragsteller **übernommen** a) *Nicht die Schwulen und Lesben sind pervers, sondern die Gesellschaft, in der sie leben* dies soll als Zitat gekennzeichnet werden b) beim 2. Punkt von „Deshalb fordern wir:“ soll „mit zwei Kindern“ gestrichen werden c) beim 1. Punkt von „Für die Gesellschaft fordern wir:“ soll nach „junge Schwule“ „und Lesben“ eingefügt werden, ebenso beim 4. Punkt von „Deshalb fordern wir in der Schule:“ nach „gegen Schwule“

2. Änderungsantrag: „Antragstext“ soll umbenannt werden in „Antragsbegründung“

3. Änderungsantrag: „Für die Gesellschaft fordern wir:“ soll geändert werden in „Wir wollen bezwecken daß...“

Abstimmungen:

- über den 2. Änderungsantrag 10 JA-Stimmen; 31 NEIN-Stimmen; 19 Enthaltungen => **Änderungsantrag wurde abgelehnt**
- über den 3. Änderungsantrag 14 JA-Stimmen; 29 NEIN-Stimmen; 14 Enthaltungen => **Änderungsantrag wurde abgelehnt**
- über den kompletten **Antrag** 44 JA-Stimmen; 7 NEIN-Stimmen; 10 Enthaltungen => **Antrag wurde angenommen**

Antrag A4

a) Vorstellung des Antrags durch den Antragsteller Thomas Balzer

1. Änderungsantrag wurde vom Antragsteller übernommen: Einfügung des Punktes „Die SVen vor Ort werden aufgefordert, die Initiative im Bezug auf Probleme von ausländischen MitschülerInnen zu ergreifen.“ zu „Daher fordert die Landeschülervertretung:“

2. Änderungsantrag: Die Abschnitte „Innenminister Manfred Kanther ...Asylrecht weiter verschärft werden.“ und „Durch die neue Visa-Verordnung ...mit gegenläufigem Inhalt.“ sollen vom Antragstext in die Begründung verschoben werden. Dazu die AG Visumpflicht: „Wir halten die Beispiele für wichtig“

Abstimmungen:

- Änderungsantrag 20 JA-Stimmen; 28 NEIN-Stimmen; 6 Enthaltungen => **Änderungsantrag** wurde **abgelehnt**
- Antrag 41 JA-Stimmen; 1 NEIN-Stimme; 13 Enthaltungen => **Antrag** wurde **angenommen**

Antrag I 1

- Vorstellung durch den Antragsteller

Redeberechtigte zum Antrag:

- a) Susanne: *Der Antrag ist zu allgemein. Es ist ein Unterschied, ob man im LaVo mitgearbeitet hat, oder im Schulbuchausschuß war.*
- b) Martin: *Die SchülerInnen könnten Schülervertreter ehren, aber kein MBWW*
- c) Schüler: *Man sollte den Antrag annehmen, da man ja durch seine Tätigkeit auch schlechtere Noten bekommt.*
- d) Thomas: *Man hat Nachteile, wenn man sich engagiert, diese kann aber eine Urkunde auch nicht ausgleichen.*
- e) Schüler: *Aber es könnte bei der Suche nach einem Arbeitsplatz helfen.*
- f) Benjamin Hoff: *Die Menschen, denen man die ganze Zeit die Probleme an der Schule erklärt hat, schreiben jetzt die Urkunde.*

Änderungsantrag:

über die Streichung des letzten Satzes

Abstimmungen:

- Änderungsantrag 19 JA-Stimmen; 6 NEIN-Stimmen; 24 Enthaltungen => **Änderungsantrag** wurde **angenommen**
- Antrag 13 JA-Stimmen; 37 NEIN-Stimmen; 5 Enthaltungen => **Antrag** wurde **abgelehnt**

PAUSE

Antrag D1 (Initiativantrag)

Vorstellung durch den Antragsteller:

Vorschlag, wie man in der 11. Klasse wieder kostenneutral das Kurssystem einführen könnte

Änderungsantrag, der übernommen wurde: die Umwahlfrist, soll auf 1 Woche vor 11/2 festgelegt werden

-Martin: *Die Kommission hat ein Gesamtkonzept, welches uns nicht vorliegt, das ist nur eine Unterstützung der Sparvorschläge*

-Moritz: *Dieses Modell ist ein Gegenkonzept, es werden nur Anrechnungsstunden gestrichen*

-Stefan: *11/2 als Kurssystem ist zwar vernünftig, das Gesamtkonzept zu unterstützen „geht aber nach hinten los“.*

-Tom: *Diese Kommission hat Sparmaßnahmen erarbeitet, diese können wir nicht unterstützen.*

-Moritz: *In der Kommission sitzen eine Schulleiterin, die LSV, die GEW, und andere, diese wollen das Kurssystem kostenneutral wieder einführen. „Es ist keine große Sparmaßnahme, sondern etwas Sinnvolles!“*

-Jochen: *Das Konzept ist gut, da es ja noch vor der Zeit der Sparmaßnahmen entstand, die Sparmaßnahmen kamen erst später.*

-Martin: *„Es ist möglich sich in die Diskussion über die Wiedereinführung des Kurssystems einzumischen, ohne eine Alternative zu haben.“*

GO-Antrag auf Schluß der Debatte

3 JA-Stimmen, 31 NEIN-Stimmen, 8 Enthaltungen => **GO-Antrag** wurde **abgelehnt**

-Schülerin: *Es ist doch gut, wenn man ein Gegenkonzept hat.*

-Tom: *„Der Antrag besteht nur aus 2 Sätzen, das ist zu wenig!“ Es ist nur besserer Bildungsabbau, da Anrechnungsstunden gestrichen werden sollen und in normale Unterrichtsstunden getauscht werden.*

-Moritz: *Das ist „konstruktive Kritik“. Die Streichung der Anrechnungsstunden ist nur ein „Ausgleich für die unterrichtsfreie Zeit in 13/2“.*

Nachreichung eines Konzeptes durch den Antragsteller

-Stefan: „Man muß eine Demo machen, sonst nutzt kein Antrag.“

-Moritz: „Man kann den Schülern sagen, wir bringen die 11 wieder ins Kurssystem, dann machen sie auch (Anm.: bei einer Demo) mit! Aber nicht wenn die Leute sagen, wir brauchen keine konstruktive Politik.“

-Tom: „Wir haben ein Bildungsbündnis“, das ist konstruktive Politik.

-Moritz: „Wenn ihr wollt, daß wir konstruktiv arbeiten, dann stimmt diesem Antrag zu!“

Änderungsantrag: Vorstellung durch die Antragstellerin Susanne Lucas

-Moritz: „Es gibt ein Modell, das funktionieren würde und das kaputt gemacht wird.“

Abstimmung über den Änderungsantrag

10 JA-Stimmen, 25 NEIN-Stimmen, 6 Enthaltungen => **Änderungsantrag** wurde **abgelehnt**

Abstimmung über Antrag

34 JA-Stimmen, 10 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung => **Antrag** wurde **angenommen**